

10. II. 1915.

Aktionen der Gemeinde Wien.

Die Reform der Militärversorgung. — Approvisionierungsfragen. — Die Portofreiheit der Feldpostbriefe.

In Ausführung der Beschlüsse des Wiener Stadtraats und der Obmännertourenz der Gemeinderatsparteien begab sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Dr. v. Wittel und den Gemeinderäten Steiner, Dr. Hein und Reumann zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um unter Hinweis auf die unbedingte und dringende Notwendigkeit einer Reform der längst veralteten Normen über die Militärversorgung eine vom wirtschaftlichen Hilfsbureau ausgearbeitete Denkschrift zu überreichen. Nach dem Bürgermeister nahm Dr. v. Wittel das Wort, um in ausführlicher Weise die Denkschrift zu begründen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung sich der Bedeutung dieser Frage wohl bewußt sei, da ja die Bevölkerung, an welche während des Krieges so große Anforderungen gestellt werden, einen Anspruch habe, in allen diesen Belangen beruhigt und gesichert zu werden. Die Regierung habe im Bewußtsein ihrer verantwortungsvollen Aufgaben alles getan, um die tatsächlich rückständige Invalidentversorgung in neue, moderne Bahnen zu leiten und Sorge getroffen, daß tatsächliche Mißstände cheftens behoben werden. Der Ministerpräsident bemerkte weiter, daß sich in dieser Frage eine völlige Uebereinstimmung beider Regierungen unserer Monarchie ergebe und daß auch das Kriegsministerium seine Bereitwilligkeit erklärt habe. Er müsse die Frage in zwei Teile trennen, da es wohl kaum möglich sei, den ganzen Komplex der Militärversorgungsfrage jetzt schon zu erledigen. Die Regierung werde sich bemühen, sofort an die Beratung von Gesetzentwürfen zu gehen, welche nach Kriegsschluß dem wieder zusammentretenden Parlament vorgelegt werden können, aber jetzt schon, soweit dies im Verordnungswege möglich ist, entsprechende Normen hinausgeben. Er erkenne nicht, daß die von den Vertretern der Gemeinde Wien vorgeführten Argumente voll zutreffen und er hoffe, daß in kürzester Frist diesen Forderungen Rechnung getragen werden könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte für diese Erklärungen und brachte dann noch Approvisionierungsfragen zur Sprache. Er wies darauf hin, daß die sprunghafte Teuerung auf dem Schlachtviehmarke zu Besorgnissen Anlaß gebe und die Regierung nötigen werde, entsprechende Verfügungen zu treffen, daß aber auch die Frage der Mehlversorgung rasche und entscheidende Schritte der Regierung erheische.

Der Ministerpräsident versicherte, daß die letztere Frage geradezu die Sorge der Regierung sei und daß er persönlich mit seinem Ressortminister sich bemühen werde, in Budapest mit den Vertretern der ungarischen Regierung die Angelegenheit zu ordnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte dann noch die in jüngster Zeit erlassenen Verordnungen wegen Einschränkung der Portofreiheit im Verkehr zwischen den Soldaten und ihren Angehörigen zur Diskussion und wies darauf hin, daß nach seinen eigenen Wahrnehmungen die weitestgehende Förderung des brieflichen Verkehrs zwischen den im Felde stehenden Soldaten und ihren Angehörigen in der Heimat im Interesse des guten Mutes und der Stimmung der Truppen eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Deputation bat den Ministerpräsidenten, auf den Handelsminister einzuwirken, daß diese einschränkenden Postverordnungen wieder behoben werden.

Unmittelbar darauf begaben sich die Vertreter der Gemeinde Wien zu dem Kriegsminister Ritter v. Arbatin, um auch hier die oben berührte Frage einer Reform der Militärversorgung vorzutragen. Auch der Kriegsminister gab die Notwendigkeit der geforderten Reform zu, versprach, die Denkschriften der Gemeinde und ihres wirtschaftlichen Hilfsbureaus seiner eingehenden Würdigung zu unterziehen und gab ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, daß es den unmittelbar bevorstehenden Beratungen zwischen dem Kriegsministerium und den beiderseitigen Regierungen gelingen werde, den den Interessen breiter Kreise der Bevölkerung dienenden Wünschen der Gemeinde Rechnung zu tragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm auch noch Anlaß, das ihm gestern von einer Deputation überreichte Memorandum in Angelegenheit des Häuteankaufes durch die Militärorgane dem Kriegsminister vorzulegen und ihn zu ersuchen, diese Angelegenheit genau prüfen zu wollen. Der Kriegsminister sagte dies zu und beauftragte den Sektionschef Jarzbecki, die Deputation unter Führung des Vorstehers Bieröckl zu empfangen, um noch durch die mündlichen Ausführungen der betreffenden Innungsvorsteher die Sache nach jeder Richtung hin klarzustellen.